

Volkstimme

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus 6. Fernsprechamt Danzig der Geschäftsleitung 287 08. Schriftleitung 215 00. Bezugspreis monatlich 2,- G. ...

27. Jahrgang Donnerstag, den 5. März 1936 Nr. 55

Aufforderung zum Waffenstillstand

Ein Schritt des Völkerbund-Generalsekretärs

Abessinische Nordarmee völlig geschlagen

Danzig-Debatte im polnischen Sejm

Der Mord in Kuchwerder vor Gericht

Ein Schritt des Völkerbund-Generalsekretärs - Italien verlangt Einstellung der Sanktionen?

Aufforderung zum Waffenstillstand

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat gestern den Beschlüssen des Dreizehnerausschusses den 'Kriegsführenden Mächten' telegraphisch zur Kenntnis gebracht und sie gleichzeitig aufgefordert, die Kampfhandlungen einzustellen.

Gestern vormittag traf in Addis Abeba ein Telegramm des Generalsekretärs des Völkerbundes, Avenol, ein, das die abessinische Regierung von der Entschließung des Dreizehnerausschusses in Kenntnis setzt.

Das Telegramm Avenols wurde sofort an den Kaiser weitergeleitet, der seine Anweisungen unmittelbar an den abessinischen Gesandten in Paris übermitteln wird.

Die italienische Regierung hat gestern den Vorschlag des Dreizehnerausschusses durch Ablehnung launig erwidert, da der Kaiser jede Gelegenheit zum Friedensschluß unter annehmbaren Bedingungen, wie er schon so oft erklärt habe, in Betracht zieht.

Italien wird Sowasbestand beschließen

In politischen Kreisen Roms wird über die Entschließung des Völkerbundes zur Beilegung des Krieges in Ostafrika und ihre Beantwortung durch die italienische Regierung vollkommene Zurückhaltung bewahrt.

Oben reißt ab

Der englische Außenminister Eden hat Genf gestern um 14 Uhr verlassen. Er beabsichtigt, am kommenden Dienstag zur Sitzung des Dreizehnerausschusses wieder zurück zu sein.

Auch die letzte Nordarmee zurückgeworfen

Die Angriffe gegen Ras Tsuru - Eine zweckmäßige abessinische Taktik

Der italienische Heeresbericht Nr. 146 lautet: Die Tembienklawit war in vollem Gange, als am 29. Februar in

der Morgendämmerung das 2. und das 4. Armeekorps in das Chiregebiet zum Angriff gegen die Kräfte des Ras Tsuru, der einzigen feindlichen Armee, die noch an der Ertrura-Front intakt geblieben war, vorrückte.

Die italienischen Heeresberichte der letzten Zeit sprechen eine auf 'Hochstimmung' aufgemachte Sprache. Sie verfolgen damit den Zweck aller Kriegsführenden Mächte, der auf propagandistische Erfassung der Heimatbevölkerung hinausläuft.

Ras Tsuru war klüger

(Kurzspruch des Kriegesberichterstatters des D.N.S.)

Ueber den Verlauf der großen Schlacht im Chire-Gebiet wurden jetzt vom italienischen Hauptquartier nähere Einzelheiten bekanntgegeben. Danach begannen am 26. Februar die Vorbereitungen zu dem großen militärischen Schlag, der zur Vernichtung der 90 000 Abessinier, die unter Führung des Ras Tsuru bei Selaklaka, westlich von Asjsum, standen, führen sollte.

Das Feld internationaler Sätigkeit erweitern

Minister Beck über seine Besprechungen in Brüssel

Der polnische Außenminister Beck hielt bei einem Empfang der belgischen und polnischen Presse in Brüssel eine Ansprache, in der er die politischen Ziele seiner dortigen Besprechungen klar andeutete.

Die Verhandlungen der polnischen Presse geben weiterhin bemerkenswerte Anhaltspunkte für die politische Richtung der Brüsseler Besprechungen.

Belgien, so schreibt der nationaldemokratische 'Parissawort' 'Dziennik Narodowy', sei ein kleines Land, das doch eine große Rolle im Kriege, während der Friedenskonferenz und nach dem Kriege gespielt hat.

früh zum vernichtenden Gegenstoß auszuholen wollten, zog der Feind es vor, sich zurückzuziehen. Sein Rückzug endete schließlich mit einer wilden Flucht über den Takasse, da die italienischen Flugszeuge sofort die Verfolgung aufgenommen hatten.

Die Bilanz

Im Hauptquartier der Nordfront empfing Marschall Badoglio 182 Vertreter der Presse. Als abschließendes Ergebnis der drei Schlachten von Enderta, Tembien und Chire ist die Zertrümmerung der abessinischen Nordfront festzustellen.

Abessinien: Italien übertreibt

Die telegraphische und telephonische Verbindung zwischen Addis Abeba und dem Hauptquartier an der Nordfront, die seit zwei Tagen unterbrochen war, ist in der Nacht zum Mittwoch wiederhergestellt worden.

Die von den Italienern gemeldete Rückeroberung Tembiens durch italienische Truppen wird bestritten, da diese am Buri-Fluß westlich von Abaro ständen.

Die abessinische Regierung veröffentlicht eine Mitteilung, in der es heißt, daß die Armee des Ras Kassa völlig intakt sei. Die Verluste dieser Armee im Tembiengebiet seien gering.

Bei es selbstverständlich, daß Polen und Belgien im gegenwärtigen Augenblick der internationalen Beunruhigung sich lebhaft für die internationalen Vorgänge interessieren.

Die Regierungspresse hält Polen und Belgien im Interesse der Aufrechterhaltung des Friedens zu einer besonderen Rolle berufen. Nach dem 'Expres' Boronny' sei es notwendig, an der Herstellung einer ruhigen und normalen Atmosphäre zu arbeiten als Voraussetzung der allgemeinen Sicherheit.

Auch das Militärblatt 'Polka Jbrzyna' spricht von der Schließung der Beziehungen, die Polen und Belgien in Europa einnehmen. Es sei notwendig, einen Mittelpunkt des Schutzes des internationalen Friedens zu schaffen, und zu dieser Arbeit seien in erster Linie diejenigen Staaten berufen, die politisch unabhängig, sich nicht in fremde Angelegenheiten einmischen, und deren politische Ziele für andere Staaten keine Schädigung bedeuteten.

Außenminister Beck beim König der Belgier

Aus Brüssel wird gemeldet: König Leopold empfing am Mittwoch den polnischen Minister des Auswärtigen Beck. Der König, der Generaluniform angelegt hatte und als einziger Oberbefehlshaber des polnischen Kriegskreuz trug, unterließ sich etwa 1/2 Stunde mit dem Vertreter der polnischen Regierung.

Starbemberg nur 'privat'. Der österreichische Botschafter Starbemberg traf Mittwoch abend in Rom ein und wurde auf dem Bahnhof von Staatssekretär Suvich, Baron Alois und dem belgischen Botschaftern beim Quirinal und dem Vatikan empfangen.

Danzig im polnischen Sejm

Während der Sejmdebatte über den Haushalt des Handelsministeriums berührte der pommerellische Abgeordnete Marzlewski in seiner Rede u. a. auch die Danziger Frage. Er erklärte, daß Polen beweise, daß es beide Häfen (d. h. Gdingen und Danzig) benötige, da sie einander ergänzen, und daß es auch verheißt, sie auszunutzen. Eine künstliche Regulierung des Verkehrs beider Häfen sei jedoch unzweckmäßig. Auf jeden Fall sei es abwegig, die Umsätze von Gdingen zugunsten Danzigs zu vermindern. Es müsse ausdrücklich betont werden, daß Gdingen das, was es erworben habe, durch eigene Bemühungen, durch eigene Werbung, ohne Benachteiligung der Danziger Umsätze erworben habe. Gdingen sei zu einem Hafen für den Ueberseeverkehr geworden, während Danzig keine überseeischen Wünsche gehabt habe und hauptsächlich den Weichselverkehr bevorzugte. Diese natürliche Entwicklung dürfe nicht durch Zwangsmassnahmen angegriffen werden. Derartige künstliche Eingriffe machten sich z. B. bei den Einfuhrkontingenten bemerkbar, bei denen Danzig Einfuhren für 40 Proz. des ganzen polnischen Verbrauchs an Kaffee und für über 30 Proz. des Verbrauchs an Tee zugeteilt worden seien, während Gdingen nur 10 bzw. 15 Proz. erhalten habe. Dieses für Gdingen ungünstige Verhältnis habe dazu geführt, daß ganz Pommerellen einfach gezwungen sei, seinen Kaffeebedarf in Danzig zu decken. Abg. Marzlewski hat deshalb den Handelsminister, bei der neuen Verteilung von Kontingenten möge darauf Rücksicht genommen werden, daß Gdingen zu einem bedeutenden Knotenpunkt für den Kolonialwaren-Import geworden sei. Der Redner wies dann auf Schwierigkeiten hin, denen der pommerellische Handel auf dem Danziger Markt begegne. Danzig benutze seine Desinfektionswirtschaft als Kampfwerkzeug gegen den pommerellischen Handel, und zwar dadurch, daß es einfach für pommerellische Waren keine Desinfektionen und dadurch den Abzug pommerellischer Produkte im Freizustand unmöglich mache. Dagegen sei der Danziger Export nach Pommerellen durch nichts beschränkt, so daß Danzig Pommerellen mit den Erzeugnissen seiner Industrie einfach überflute. Eine derartige Situation sei paradox, nachdem Pommerellen durch die Danziger Maßnahmen die Möglichkeit genommen sei, seine Baumaterialien, Lebensmittel und Schuhe auf dem Danziger Markt abzusetzen, während Danzig dieselben Produkte ohne Schwierigkeiten auf den polnischen Markt sichere. Abg. Marzlewski appellierte darauf an den Handelsminister, Pommerellen Industrie und Handel in Schutz zu nehmen.

Die ganze Rede ist sehr einseitig. Die Ausführungen über die Stellung Gdingens und Danzigs dürften bei den einseitigen Informationen der Gdingener Interessenten während des kürzlichen Aufenthaltes der pommerellischen Sejmabgeordneten in Gdingen beruhen. Sie zeigen die Mittel und Argumente, mit denen die interessierten Gdingener Kreise die Verständigung mit Danzig über den Abschluß eines Hafenabkommens, das die primitiven Lebensrechte Danzigs wahr, zu torpedieren versuchen. Wenn Danziger Firmen wirklich höhere Anteile von Einfuhrkontingenten für einige Waren erhalten haben sollten, so dürfte der Grund dafür einfach darin liegen, daß der Danziger Handel auf dem Gebiete des Kolonialwarenimports umfangreicher und leistungsfähiger ist als der noch junge und unentwickelte Handel Gdingens. Eine stärkere Berücksichtigung Gdingens würde also auf eine einseitige Bevorzugung der dortigen Firmen hinauslaufen.

Das die weiteren Ausführungen über den Abzug Pommerellen nach Danzig betrifft, so ist hierin wohl auch einiges schief gesehen, denn der Redner vergißt, daß der Einfuhrbedarf Danzigs infolge der gesunkenen Lebenshaltung seiner Bevölkerung stark gesunken ist. Die Ausführungen sind aber recht wertvoll zur Erkenntnis der Einseitigkeit und der Beschränkungen der polnischen Politik gegen Danzigs Selbstbewirtschaftungsmaßnahmen und ihre Durchführung.

Schweden will klare Entscheidung

Stellungnahme mit Vertrauensfrage
Die zugehörige Regierung hat beschlossen, in der Unterhausansprache über das Schwedenverhältnis am kommenden Montag oder Dienstag die Vertrauensfrage zu stellen. Schweden will heute abend im Unterhaus einen Antrag einbringen, in dem die Abgeordneten angefordert werden, den Antragsentwurf zu unterstützen.

Der Oppositionsführer Aulie (Arbeiterpartei) wird für die Arbeiterpartei einen Gegenantrag stellen. Mehrere sozialistische Blätter bemühen sich heute, die Opposition von der Notwendigkeit des Antragsentwurfs zu überzeugen. Sie versuchen dabei, die Gewerkschaften gegen die politische Arbeiterpartei auszuspielen.

"Daily Telegraph" schreibt, daß sich der Gewerkschaftsbund und die Zeitung der Arbeiterpartei bisher noch nicht über eine gemeinsame Stellungnahme zu dem Regierungsantrag verständigt hätten. Die "Korrespondenz" schreibt, ein großer Teil der Arbeiterbewegung einschließlich der Gewerkschaften ist in der deutschen Schwedenfrage eine so große Drohung, daß er geneigt sei, die parteipolitischen Entzweiungen zurückzuführen.

Arbeiterpartei in die Regierung?
Wie der parlamentarische Führer des "Star" schreibt, wird dem Ministerpräsidenten Schweden die Arbeit parteipolitischen Vertreter der Arbeiterbewegung in die Regierung zu bringen. Er wolle damit die Schwedenfrage klären, die die Arbeiterbewegung unter Umständen der Durchführung des Schwedenabkommens in den Weg legen würde. Inzwischen werde die Regierung daran zu denken, daß sich eine gewisse internationale Lage entwickeln sollte, eine Lösung geordnete nationale Front darstelle.

Der Schwedenpakt
Die Schwedenfrage für die nächsten Monate im kommenden Herbstjahr werden am Mittwoch veröffentlicht. Im einzelnen sieht der Schwedenpakt u. a. eine Erweiterung des Schwedenabkommens von 1913 auf 1925 hinaus vor, was eine Verlängerung von etwa 13.000.000 Kronen ergibt. Danach entfällt auf jeden europäischen Vertragsstaat eine Durchschnittsleistung von jährlich 13 Kronen oder 340 Danziger Gulden.

Gewerkschaftsversammlung in Frankreich

Die Gewerkschaften
Die französische Gewerkschaftsversammlung der ehemaligen sozialistischen und kommunistischen Gewerkschaften hat am 27. und 28. März in Paris eine Sitzung abgehalten. In der Sitzung wurde beschlossen, die Gewerkschaften der ehemaligen sozialistischen Gewerkschaften zu vereinen. Am 28. März wurden 241 Stimmen für die Vereinigung der Gewerkschaften mit dem Namen einer Gewerkschaftsvereinigung über Schweden festgestellt und schließlich mit 343 gegen 23 Stimmen der Vereinigung des neuen Gewerkschaftsverbandes an die Gewerkschaften über Schweden übertragen. Der von dem sozialistischen Gewerkschaftsführer Jostinow bestimmte Ausschuss, der die Gewerkschaften vereinigen soll, hat bei seiner Sitzung am 28. März die Gewerkschaften vereinigen sollen. Er hat sich von der Mehrheit gegen die kommunisten

angenommen worden. Die Tagung hat nun noch die Richtlinien für die Gewerkschaftsarbeit anzufassen. Der kommunistische Hauptredner erklärte in Verantwortung einer grundsätzlichen Ansprache Jostinow, das Bürgertum täusche sich, wenn es auf Gegenseite reche. Die Einheit sei vollzogen, und werde bestehen bleiben.

Deutschland und der Russenpakt

Weldungen über bedeutungsvolle Berliner Beratungen
Der französisch-russische Pakt war bekanntlich Gegenstand heftiger deutscher Presseangriffe. Deutschland, so hieß es, werde möglicherweise in dem Vertrag einen Verstoß gegen den Locarnopakt erblicken und Rückschlüsse auf die entmilitarisierte Rheinlandzone ziehen. Nach der Ratifizierung des Vertrages fragt man sich in der politischen Öffentlichkeit, ob und welche Schritte Deutschland wird aus Berlin gemeldet, daß dieser Tage ganz überraschend eine Konferenz von Ministern und Militärs unter dem Vorsitz Hitlers in der Reichskanzlei stattgefunden hat. An der Sitzung nahmen seit: Reichswehrminister von Blomberg, der Oberbefehlshaber des Heeres General von Frick, Luftfahrtminister Göring, Flottenchef Admiral Raeder, Reichsminister Dr. Goebbels und der außerordentliche Botschafter von Ribbentrop. Die Konferenz begann um elf Uhr und dauerte bis in den Nachmittag hinein. Verschiedene andere Minister wurden im Laufe der Beratungen zugezogen. In der Wilhelmstraße hört man, daß den Verhandlungen, deren Inhalt geheim gehalten wird, eine große Tragweite zukommt. Es heißt, daß die Stellungnahme der Regierung zum russisch-französischen Pakt im Mittelpunkt der Beratungen stand.

Schwierige Regierungsbildung in Japan

Die Forderungen der zurückgetretenen Generale — Einsetzung des Kriegsgerichts

Die Schwierigkeiten bei der japanischen Kabinettsbildung sind noch nicht behoben; sie haben sich anscheinend sogar noch vermehrt, da auch die Besprechungen des einzigen noch lebenden Rates der Ältern, Saionji, vorläufig ergebnislos verlaufen sind. Dabamitlich verlangt, daß alle Ministerien neu besetzt werden.

Die sieben zurückgetretenen Kriegsärzte haben zugleich mit ihrem Rücktrittsgesuch eine Denkschrift an Saionji übermitteln, in der sie erklären, daß nur eine völlige Erneuerung der Staatspolitik die Lage wiederherstellen könne. Dazu seien aber neue, unverbrauchte Kräfte nötig. Es müßten schnelle Entlassungen gefordert werden, um im Meer einen Ausgleich herbeizuführen. Auch die Beamtenschaft des Außenministeriums trete für die Bildung einer starken entschlossenen Regierung ein. Der neue Außenminister müsse Japans Politik unverändert fortführen mit dem Ziel, Japans Stellung als stabilisierende Macht in Ostasien zu erhalten. Das alles könne aber nur erreicht werden durch umfassende Personalveränderungen mit dem Einlass neuer Kräfte.

Wie amtlich bekanntgegeben wird, ist der zurückgetretene Kriegsrat General Kiuchi zum Nachfolger des bei dem Fußstoß ums Leben gekommenen Generals Watanabe auf dem Posten des Inspektors des Militärerziehungswesens ernannt worden.

1400 Offiziere und Mannschaften vor dem Kriegsgericht

Unter dem Vorsitz des Kaisers hat der Kronrat die Einsetzung eines besonderen Kriegsgerichtshofes zur Aburteilung der an dem Aufstand Schuldigen kraft kaiserlicher Erlasse beschlossen. Dem Kriegsgerichtshof wird der Kriegsminister vorzusetzen. Im Stabe des Militärerziehungswesens von Tokio wird erklärt, daß sich vor diesem Sonderkriegsgerichtshof über 1400 Offiziere und Mannschaften zu verantworten haben werden, und zwar Offiziere und Soldaten des 2. Infanterieregiments der 1. Division und des Artillerieregiments.

Antrag zur Kabinettsbildung abgelehnt

Früh, Sonntag, der vom Kaiser mit der Regierungsbildung beauftragt worden war, hat ganz überraschend dem Kaiser im letzten Augenblick gebeten, von seiner Vertrauensfrage mit der Ministerpräsidentenwahl Abstand zu nehmen.

Große Kundgebungen in Dänemark

Minister gegen die Ausperrung

In Dänemark wurden an den beiden letzten Tagen etwa hundert Gewerkschaftskundgebungen gegen die Massen-Ausperrung durchgeführt. In Kopenhagen fanden am Dienstag drei Massenversammlungen statt. U. a. sprachen Staatsminister Stenning, Sozialminister Christensen und Verteidigungsminister Almqvist.

Staatsminister Stenning erklärte, daß die Vorläufe der Lebensmittelpreise angepaßt werden müßten, die in der letzten Zeit stark gestiegen seien. Die Verantwortung für die lebenswichtigen Ausperrung falle auf die Arbeitgebervereinigungen. Die Zeit gelte keine umfassende Arbeitsverteilung. Wenn keine Einigung erzielt werde, dann werde die Staatsmacht ein Zeichen der Föhn- und Arbeitsverhältnisse setzen müssen, daß gesetzliche Anordnungen auf die Lebensmittelpreise des Landes für die Zukunft anzuwenden.

In ähnlichen Kundgebungen werde eine Entschloffenheit angenommen, in der festgestellt wird, daß die volle Verantwortung für die verdrängte Ausperrung die Arbeitgebervereinigungen triffe, und in der gefordert wird, die Lebensmittelpreise in angemessener Weise zu erhöhen.

Der Schwedenpakt für den Russenpakt. Der Schwedenpakt für einseitige Angelegenheiten hat nach Aussagen des Ministerpräsidenten Saionji den französisch-russischen Pakt mit 19 gegen 4 Stimmen bei 7 Enthaltungen angenommen und den Schweden Dr. Frick zum Vertragsführer bestimmt.

Schwedenpakt bewirkt Gerüchte über Willeh von Blomberg. Gerüchte, nach denen der Willeh von Blomberg gehen habe, daß er nach der Ratifizierung einer Woche aus Deutschland nach Paris gehen würde, falls in kurzer Zeit keine Einigung unter den Parteien über die Regierungsbildung zustande käme, werden von amtlicher Seite als reine Erfindungen Henschelwenders bezichtigt und auf das entscheidende zurückgewiesen.

Schwedenpakt bewirkt Gerüchte über Schwedenabkommensfrage. Erfahrungen zeigen, daß es alle Familienmitglieder des Reiches notwendig eine Einleitung zu einer Zusammenkunft geben, die im Laufe des März oder April in Moskau in Moskau stattfinden soll. Dieser Schwedenpakt bewirkt, daß sich mit der Schwedenabkommensfrage befaßt, die Verhandlung im Moskauer, wo Schwedenpakt auch Erklärungen über die Schwedenabkommensfrage mit der schwedischen Krone gemacht wird, können nicht eintreffend geteilt ist. Es sollen alle Maßnahmen beprochen werden, um die Schwedenabkommensfrage nicht im Moskauer durchzuführen. Dieser Schwedenpakt soll nicht dem Zweck des Erklärungs Engen Ratifizieren, der als Vertreter des russischen Reiches nach Schweden anreisen wird.

Presse-Spiegel

Der Wunsch nach Liquidierung

Wir haben des Öfteren darauf hingewiesen, daß die verantwortlichen Staatsmänner der sogenannten Sanktionsländer danach trachten, den ostafrikanischen Feldzug zu liquidieren, um die Hände für europäische Dinge freizumachen. Das „Prager Tagblatt“ schreibt darüber:

Nach fünf Monaten der Kriegführung in Abessinien gewinnen die militärischen Ereignisse einen härteren Umtrieb. Konnte es zu Beginn scheinen, daß die italienischen Armeen in dem schwierigen Terrain nur langsam vorantreiben würden, daß alle die vielfach erörterten Umstände, durch welche die Abessinier gegenüber der europäischen Macht begünstigt sind, das Eindringen der Italiener verlangsamten, vielleicht sogar verzögern konnten, so lassen sich heute wichtige Erfolge des Angreifers nicht mehr leugnen. Immerhin darf man jetzt nicht mehr wagen, das italienische Unternehmen als aussichtslos zu bezeichnen. Trotz allen Widerwartigkeiten bringen sich die überlegenen Mittel eines modernen, militärisch wohl ausgerüsteten Staates zur Geltung, dem die Einheimischen nur einen rückständigen Apparat entgegenzusetzen haben.

Von Beginn an wurde die abessinische Expedition nicht als isoliertes Unternehmen, sondern als eine Aktion angesehen, die sich aus dem großen internationalen Zusammenhang nicht loslösen läßt. Lediglich Italien vertrat die Anschauung, daß sein Einrücken in Abessinien als Kolonialfeldzug zu werten sei, der die übrige Welt nichts angehe. Demgegenüber stellten die anderen Staaten den Sach auf, daß hier ein Schulbeispiel für einen nach den Regeln des Völkerrechts zu führenden Prozess vorliege. Allerdings, diese Entschlossenheit, den Fall völkerrechtlich zu behandeln, wäre geringer gewesen, hätte sich nicht England mit seinem ganzen Gewicht für diese Auslegung eingesetzt, die die Verhängung von Sanktionen, damit aber auch eine Limitierung der italienischen Politik gegen die wichtigsten Staaten zur Folge hatte.

Als der Krieg schon im Gange war, tauchte der überreichende Laval-Plan auf, der Italien mit abessinischen Gebietsteilen freigebig belassen sollte. Das Projekt fiel zwar, aber trotz dem Wechsel im englischen Außenamt und dem Rücktritt Laval's dauert die Unklarheit an. Es zeigt sich, daß Mussolini den Augenblick für das Postulieren gewählt hat. Die konservativen europäischen Staaten vermessen Italien ungenügend bei der ersten Sicherheitsorganisation, die Sanktionen sind nicht nur für das Land lästig, das damit bestraft werden soll, die falsche Politik verweigert ihre Teilnahme an den mitteleuropäischen Besprechungen und operiert diskret mit der Drohung, daß sie sich mit den „dynamischen“ Staaten verbinden werde. Unter diesen Umständen werden die europäischen Mächte verhöhlene Seitenblicke auf den Fortgang des italienischen Kolonialkrieges. Sie müssen mit moralischer Betrübniß konstatieren, daß es dem angegriffenen Kaiser Haile Selassie schlecht geht und daß der Angreifer seinem Ziel näher kommt. Aber hegen sie nicht den geheimen oder sogar offen ausgesprochenen Wunsch, daß die abessinischen Dinge — gleichviel in welchem Sinn — eine entscheidende Wendung nehmen möchten, damit Italien wieder in den Kreis der in europäischen Angelegenheiten verhandlungsfähigen und verhandlungswilligen Staaten eingereicht wird? ...

Warschauer Unibersität geschlossen

Als Folge nationalistischer Unruhen
An der Warschauer Unibersität, deren Zugänge geschlossen sind, wurden am Mittwochmittag auf Anordnung des Rektors alle Vorlesungen und Übungen bis auf Widerruf eingestellt. Die Verfügung des Rektors begründet die Schließung der Unibersität mit „unzulässigen Ausschreitungen“.

Wie eine halbamtliche Meldung besagt, wurden seit langer Zeit durch Studenten, die der Jugendgruppe der Nationalen Partei angehören, Flugblätter verteilt, die zu Kundgebungen gegen die Höhe der Unibersitätsgebühren aufforderten. Gleichzeitig seien durch diese Studentengruppe „Nationalistische Stabtruppen“ in die Unibersität gebracht worden, deren Mitglieder nicht zur Studentenschaft gehörten. Bei Zusammenkünften sei zu Straßenkundgebungen gegen die Juden aufgefordert worden. Am Mittwochvormittag ist es, der halbamtlichen Meldung zufolge, auf einer derartigen Studentensammlung zu schweren Ausschreitungen gekommen, bei denen einige Hörsäle beschädigt wurden.

Generalfestsetzung in Newyork

Vorbereitende Verhandlungen der Gewerkschaften

Die Stadtbehörde von Newyork und die Vertreter des Arbeitsamtes in Washington sind bemüht, den Ausbruch der Gahrnabführer und der verwandten Berufe beizulegen. Der Präsident der Newyorker Gewerkschaft des Hausdienstpersonals hat bekanntgegeben, er werde mit den Führern anderer Gewerkschaften eine Zusammenkunft haben. Er deutete die Möglichkeit an, daß ein Generalfest erklärt werden könnte.

Die Zusammenkünfte zwischen den Streikenden und Streikbrechern dauern an. In der Nacht zum Mittwoch demonstrieren etwa 3000 Streikende durch die Park Avenue, eine Wohngegend der reichen Leute Newyorks. Die Polizei ging hier mit hartem Aufgebot gegen die Kundgeber vor und zerstreute sie.

Die Verhandlungen über den Korridortransit-Konflikt

Ueber die Beilegung des deutsch-polnischen Korridortransit-Konfliktes werden zur Zeit wieder Verhandlungen in Berlin geführt. Die polnischen Unterhändler, der stellvertretende Handelsminister, Solowski, und der Leiter der Abteilung für Auslandsbeziehungen im Finanzministerium, Romanowski, waren inzwischen nach Warschau gereist, um sich neue Funktionen zu holen. Die Besprechungen werden zum entscheidenden Teile mit dem Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht geführt. Aus Warschau politischen Kreisen verlautet, daß auf deutscher Seite keine Krönung befehle, die Rückschlüsse aus dem deutschen Korridorverkehr auch nur zur Hälfte in bar zu bezahlen. Preussisch habe eine Reihe anderer Vorschläge gemacht, die hauptsächlich auf Sicherungen aus Deutschland hinauslaufen. Da diese Angebote von polnischer Seite bisher stets abgelehnt wurden und man auf Vorleistungen bestand, so scheinen die Verhandlungen, die von einer neuen Wiederannahme des Korridorverkehrs bereits für den 6. März sprechen, den Tatsachen heraus zu eilen.

Der polnische Botschafter in Berlin, Pyski, veranlaßte wie die PZL meldet, zu Ehren des Reichspropagandaministers Dr. Goebbels und seiner Gattin ein Essen. An diesem Essen nahmen u. a. drei: Minister v. Ribbentrop, der italienische Botschafter in Berlin, Reichspropagandaminister Dr. Goebbels und der Führer der Presseabteilung im Reichsaussenministerium. Nach dem Essen fand ein Ball statt, an dem die polnischen Künstler Pola Negi und Jan Kiepura teilgenommen haben.

Der Mörder von Rüdowmer vor Gericht

Starker Andrang zu der Verhandlung - Höpner und seine Tat

Am heutigen Donnerstag steht der Mörder von Rüdowmer, der 25 Jahre alte Handlungsgehilfe Hans Höpner aus Schönberg, vor Gericht. Damit kommt innerhalb weniger Monate eine zweite Mordtat zur Aburteilung. In beiden Fällen wurden Frauen ermordet und beraubt. In beiden Fällen wurden Frauen ermordet und beraubt. In beiden Fällen wurden Frauen ermordet und beraubt.

Der durch die zahlreichen Terrorakte in seinem früheren Wohnort Schönberg an der Weichsel bekannt und gefürchtet war.

Wenn er mit den Problemen, die ihn beschäftigten, nicht fertig wurde, war er gewöhnt, Gewalt anzuwenden. Viele Nationalsozialisten hat er in gemeiner Weise terrorisiert. Er war der Rädelsführer bei den Terrorakten gegen politische Gegner. Und als es ihm kurz vor Weihnachten 1935 wirtschaftlich schlecht ging, konnte er diese Schwierigkeit nicht anders beheben, als daß er einen Menschen tötschlüge. Arbeiten hatte Höpner kaum geleistet. Er hatte auch nicht die moralische Kraft und Frömmigkeit, seinen Pflichten als Ernährer seiner Familie nachzukommen.

Höpner hatte im November vergangenen Jahres geheiratet. Er war früher Oberschläger bei der Landespolizei, doch wurde ihm die Arbeit nicht gestattet, weil die wirtschaftlichen Voraussetzungen für eine Erlaubnis bei ihm fehlten. Seine Frau hatte jedoch bereits ein Kind von ihm, so daß eine Erlaubnis ihm als ein erstrebenswertes Ziel vorschwebte. Er nahm darum keinen Abschied. Die Hochzeit kam zustande, und Höpner war dann zu seiner Schwiegermutter nach Pleshan. Selbst hat er nicht viel zum Unterhalt seiner Familie beitragen können. Der Unterhalt wurde meist von seiner Schwiegermutter, einer Kriegswitwe, bestritten. Sicherlich war es ihm unangenehm, daß er kein Geld hatte. Es fehlte ihm am nötigsten. So kam er auf den Gedanken, sich Geld zu beschaffen. Durch seiner Hände Arbeit war er dazu nicht imstande. Er wollte borgen. Der Bekanntheit, den Höpner hatte, war sehr groß, denn Höpner spielte früher in der Schönberger SA eine große Rolle.

Wiederholt hat er versucht, seine früheren Kameraden anzusprechen, doch blieben alle diese Versuche erfolglos.

Er entsann sich darauf seiner Tante, einer Frau Millad, die in Rüdowmer bei Regenort wohnte. Einige Tage vor Weihnachten besuchte er diese Tante. Er wollte Geld. Die Tante konnte ihm jedoch nichts geben, da sie selbst in armen Verhältnissen lebte und ihre Spargroschen nicht fortgeben wollte. Höpner fuhr wieder nach Hause. Der Alltag trat wieder in seine Rechte. Höpner, der vor früherer Verwöhnung war, daß die Menschen vor ihm Furcht hatten, hat sich möglicherweise an diese Zeit erinnert.

Er wandte das an, was er schon oft getan hatte: Gewalt.

Beim zweiten Besuch bei seiner Tante in Rüdowmer wurde dann die Mordtat angeführt. Die 75 Jahre alte Witwe Schirt wurde von ihm in der Nacht vom 21. zum 22. Dezember mit einem Buchendiehl erschlagen. Ueber den Vorgang der Mordtat haben wir bereits berichtet. Die Verhandlung wird darüber sicherlich noch weitere Aufschlüsse gewähren. Höpner hat nicht nur Frau Schirt erschlagen, sondern auch seine Tante, Frau Millad, schwer verletzt. 150 Gulden fielen ihm durch diese Mordtat in die Hände. Es genügt von außerordentlicher Gemütsroheit, daß Höpner in gänzlich ruhiger und ohne Gefahr gefahren ist.

Sein Mensch hat ihm den Mord angesehen, nicht einmal der Polizeibeamte, der Höpner kurz nach der Mordtat auf der Chaussee anhielt, weil dieser auf einem Spaziergang ohne Licht fuhr.

Höpner hat sich auch sonst als Gemütsmensch besonderer Art gezeigt. Auf seinem Wege von der Mordstelle zu Frau und Kind kehrte er in den verschiedensten Gastwirtschaften ein. Er fuhr sogar mit seiner Frau nach Dirschau, um Einkäufe zu machen. Dort hat er auch den größten Teil des Geldes ausgegeben. Trotz der Grenzkontrolle! Schließlich und das könnte als Höhepunkt der Unverschämtheit des Höpner angesehen werden, hat er noch an einer Weihnachtsfeier in Pleshan teilgenommen.

Die Persönlichkeit Höpners ist durch die Tat und sein Verhalten nachher eigentlich schon zur Genüge gekennzeichnet. Wir erinnern aber noch an die schon von uns berichtete Tatsache, daß Höpner während eines Aufenthalts in Schönberg zu den gefährlichsten Terroristen in Schönberg gehört. Er ist an vielen Überfällen auf Nationalsozialisten beteiligt gewesen.

Er galt in seinem Heimatort als „Draufgänger“ und „Järlcher Kerl“, der es bei den roten und schwarzen „Unternehmern“ schon zeigen wollte.

Höpner konnte diese Rolle spielen, weil er sehr große Macht über die Schönberger SA-Leute hatte, obwohl er nicht Einzelführer war. Bezeichnend für die Rolle, die Höpner in Schönberg gespielt hat, ist die Schießerei, die sich in der Nacht vor der Wahl im Mai des Jahres 1933 in Schönberg abgespielt hat. Dort wollten einige junge Sozialdemokraten in der Nacht Waplatz leben. Die Gruppe war 4 bis 5 Köpfe stark. Sie wurde von einer großen Uebermacht von Nationalsozialisten gekesselt und verfolgt. Es kam zu einer Schießerei, bei der der Nationalsozialist Maxquardt von dem Landarbeiter Friedrich Behrendt aus Schönberg durch einen Revolvererschuss verletzt wurde. Behrendt war von der sozialdemokratischen Plakatbesetzung abgeprengt und durch die Feder gejagt worden. Er fühlte sich bedroht, hat deshalb auf seine Verfolger geschossen und einen der Verfolger ins Bein getroffen. Dafür erhielt Behrendt drei Jahre Zuchthaus. Das Urteil wurde vom Schwurgericht unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Deurmann gefällt. Wir kommen auf diesen Prozeß deshalb zurück.

weil Höpner unter den Verfolgern stand und der damalige Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Deurmann, in der Urteilsbegründung ausführte, daß die Nationalsozialisten den Sozialdemokraten nur in jugendlichem Eifer gefolgt wären. Heute weiß man, daß dieses Kind einer von den Verfolgern war, Höpner nämlich. Höpner hat sich auch anschließend, nachdem der Sozialdemokrat Behrendt verhaftet worden war, sehr aktiv betätigt. Behrendt war mit seinen Kameraden in das Spritzenhaus eingesperrt worden. Eine größere SA-Kolonie unter Führung des Höpner verfuhrte damals.

das Spritzenhaus aufzubrechen und wollte, wie man den Eingesperrten zurief, diese tun.

Daß Höpner dazu fähig war, hat die Mordtat in Rüdowmer bewiesen. Nur dem Eingreifen des Landgenarmen S. ist es zu verdanken, daß die infamierten Sozialdemokraten vor dem Schlimmsten bewahrt wurden. Bezeichnend für die Geistesrichtung des Höpner ist auch noch ein Gespräch, das einer der infamierten Schönberger Landarbeiter mit dem Genarmen hatte. Der Landarbeiter meinte zu dem Genarmen, daß er doch nicht mehr länger in Schönberg bleiben könnte, worauf der Genarm zu dem Landarbeiter sagte, er werde mit Höpner reden, und dann werde man ihn, also den Landarbeiter, in Ruhe lassen. Das war einmal. Heute steht Höpner

unter der Auflage des Mordes vor der Ersten Großen Strafkammer.

und ein besonderes Schicksal will es, daß wiederum Landgerichtsdirektor Dr. Deurmann den Vorsitz führt.

Die heutige Verhandlung

Der Publikumsandrang zum heutigen Mordprozeß Höpner ist ganz gewaltig

Es ist keine Uebertreibung: Schon lange vor 8 Uhr früh fanden vor dem Gerichtsgebäude Menschenansammlungen statt. Mit dem Näherwerden des Termins, 9 Uhr vormittags, wurde der Andrang so stark, daß Hunderte von Personen vor dem Eingangstor des Gerichtsgebäudes warteten. Ein starkes Schreien gab alle Hände voll zu tun, um des Ansturms Herr zu werden. Der gleiche Andrang war im Innern des Gerichtsgebäudes, vor dem Verhandlungssaal, dem großen Schurgenrichtssaal, zu verzeichnen. Nur einem Bruchteil der Eingelassenen gelang es, obwohl Bänke und Stühle in großer Anzahl zur Verfügung stand, in den Saal hineinzukommen. Besonders zahlreich war die Frankensaal vertreten.

An der Wand des großen Schwurgerichtssaals hängt eine riesige Zeichnung, auf der die Dertlichkeit der Mordstätte in Rüdowmer genauestens eingetragen ist. Außerdem liegt auf dem Gerichtstisch ein schauriges Bündel von blutigen Kleidern, den Kleidern, die die Kriegswitwe Renate Schirt in ihrer Todesstunde angehabt hat. Außerdem ist das Mordwerkzeug zu sehen. Es ist ein etwa 50-60 Zentimeter langer, armidier Buchendiehl, dessen Auswahl und Handlichkeit auf große Erfahrung schließen lassen.

Das Gericht, das über das Leben des Handlungsgehilfen Höpner entscheiden wird, ist die Erste Große Strafkammer, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Deurmann steht. Die Anklagevertretung liegt in Händen des Assessors Hoffmann. Die Verteidigung liegt in den Händen des Rechtsanwalts Dr. Raabe, des Kompanions des nationalsozialistischen Rechtsanwalts Erich Willers I. Als Sachverständige sind anwesend Medizinalrat Pleschke und Professor Kaufmann von der Psychiatrischen Abteilung des Städtischen Krankenhauses. 27 Zeugen sollen heute noch vernommen werden. Unter den Zeugen befinden sich die Frau des Angeklagten Höpner, seine Mutter und die Tante Millad, die an dem Mordtage von Höpner ebenfalls schwer verletzt wurde.

Um 9.10 Uhr erscheint das Gericht. Gleichzeitig wird auch der Angeklagte, der wahrscheinlich so lange auf dem Gang hat warten müssen, vorgeführt.

Höpner ist ein mittelgroßer, blonder Mensch. Er befindet sich in Sträflingskleidung und weint, als er den Verhandlungssaal betritt.

Der erste Eindruck, den man von ihm hat, ist der eines harmlosen Menschen. Bei näherem Hinsehen merkt man aber, daß er seine Gegner, das Gericht, recht verschlagen müssern kann. Er muß ein ziemlich bewegtes Leben hinter sich haben, was ja wohl auch feststeht. Die Mutter des Angeklagten Höpner braucht beim Zeugnisauftritt nicht zu erschauern. Sie darf sich auf Antrag des Verteidigers außerhalb des Verhandlungssaales aufhalten.

Der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Dr. Deurmann, legt den Schöffeln, Diplomingenieur Erich Wiedemann und Badermeister Feidler, die Bedeutung des Prozesses noch ans Herz. Er sagt, sie mögen diesen Fall genau prüfen, denn sie haben über die höchste Strafe zu entscheiden, die einen Menschen treffen kann. Außerdem sagte Dr. Deurmann, daß das Gericht weiter zu prüfen haben wird, ob es ein Gnadenersuchen befürworten soll oder nicht. Dann stellt Dr. Deurmann fest, daß der Angeklagte Höpner seit dem 28. September 1935 in Untersuchungshaft ist. Er ist am 17. September 1910 geboren und katholischer Konfession. Die Anklageschrift legt ihm drei selbständige Handlungen zur Last: einen vollendeten Mord, einen Mordversuch und einen schweren Diebstahl.

Die Aufnahme der Personalien ist umfangreich. Man erfährt durch die Fragen und die Antworten des Angeklagten, der sie mit sehr leiser Stimme gibt, so daß der Vorsitzende ihn wiederholt ermahnen muß, lauter zu sprechen, folgendes: Höpner ist als uneheliches Kind geboren. Seinen Vater kennt er nicht, wohl aber dessen Namen. Es ist ein Kaufmann Karl Jahn, der lebt in Berlin wohnt. Seine Mutter ist eine Wirtschaftlerin. Als Höpner 1 1/2 Jahre alt war, kam er zur Großmutter nach Schönberg, wo er bis zu seinem 11. Jahre verblieb. Dann nahm ihn der Besitzer Bajewerl in Schargau auf. Der Besitzer Bajewerl wollte den Hans Höpner als Kind annehmen. Er ist dann auch in Rüdowmer zur Schule gegangen. Das ist von besonderer Wichtigkeit, weil er auf dem Schulwege immer an dem Gebäude der Frau Schirt, die er später getötet hat, vorbeimachte.

Ausfuhr-Jahresrückstellungen für Danziger Erzeugnisse

Nr. 16 des „Dziennik Ustaw“ R. P. enthält eine Verordnung des Finanzministers vom 25. Februar, die im Einvernehmen mit dem Industrie- und Handelsminister sowie dem Minister für Landwirtschaft und Agrarreform erlassen worden ist. Diese Verordnung enthält eine Ausfuhrerleichterung für einige Artikel der Danziger Industrie, des Danziger Handwerks und der Danziger Landwirtschaft.

Danziger Standesamt vom 3. März

Esterbefälle: Aufwarterin Karla Olivetti, 54 J. - Sohn des Banarbeiters Walter Plenkowki, fast 3 Mon. - Zwillinge Josef Kojniski, 42 J. - Tochter des Erpedienten Lehmann, 2 Mon. - Schneider Marjan Kujeski, 53 J. - Arbeiter Leonhard Kaszkowski, fast 48 J. - Ehefrau eine Totgeburt.

Ein Danziger aus Deutschland ausgewiesen

Bei einer Reise durch Marienburg

Der Gutsherr Heinrich Penner aus Kowall wollte seine bei Christburg in Ostpreußen wohnende verheiratete Tochter zu ihrem Geburtsstag am 28. Februar besuchen. Er passierte in Marienburg die Zoll- und Bahnperre und begab sich in den Wartesaal, da er drei Viertelstunden Warten hatte. Vor Verleihen des Zuges nach Christburg wurde er von einem Herrn, der sich dann als Kriminalkommissar Zorlager herausstellte, gefragt, ob er der Herr Penner sei. Als dieser bejahte, ersuchte ihn der Kriminalkommissar, mit auf sein Amtszimmer zu kommen. Dort fragte er, ob Penner einer politischen Partei angehöre, worauf P. antwortete, daß er Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei Danzig sei. Die Frage, ob er Zeitungen oder Druckschriften mitführe, wurde verneint. Darauf erfolgte eine Durchsichtung der Kleidertaschen und des Gepäcks, die ergebnislos verlief. Der Kriminalkommissar stellte dann noch die Personalien sowie das Reiseziel fest und teilte seine Feststellungen einem Herrn Dr. Bär telephonisch mit. Nach Beendigung des Telefongesprächs erhielt P. die Weisung, das deutsche Reisegepäck zu verlassen. Auf seine Frage nach den Gründen dieser Maßnahme erhielt er, wie uns mitgeteilt wird, keinen definitiven Bescheid. Er fuhr mit dem nächsten Zug nach Danzig zurück.

Der Gutsherr Penner ist Volkstagskandidat der deutschnationalen Vorkämpfpartei. Die Einreiseverweigerung entspricht der Tendenz, die sich äußerte in den vom Senatspräsidenten Greiser in der Wesschalle erwähnten Ueberlegungen, „ob man diese Leute in Deutschland nicht ebenso wie andere Emigranten behandeln solle“. Wobei unter „diesen Leuten“ die Angehörigen der Oppositionsparteien zu verstehen sind. Bestätigt wird diese Auffassung durch die Tatsache, daß der „Vorposten“ mit unverhohlener Genugtuung von diesem Vorfall unter der bezeichneten Ueberchrift: „Wie es Danziger Oppositionsangehörigen im Reich ergeht“ berichtet. Danach wird sich jeder fragen müssen, ob es ratsam ist, bei seinen Reisen deutsches Gebiet zu betreten. Wir können nur unter Bedauern darüber ausdrücken, daß es trotz der jetzt besonders betonten Verbundenheit mit Deutschland möglich geworden ist, neben den territorialen Grenzen noch viel höhere und daher unübersteigbare Grenzmauern zwischen Danziger und deutschen Blutsverwandten und Angehörigen der gleichen Familie aufzurichten. Ueber diesem Zustand wird die „Vorposten“-Parole „Jurid zum Reich!“ und „Danzig bleibt deutsch“ wohl noch ihren letzten Klang verlieren.

Gewerbefreiheit - wirtschaftliche Freizügigkeit

Ein Vortrag im Allgemeinen Danziger Wirtschaftsverband

Am Dienstagabend hatte der Allgemeine Danziger Wirtschaftsverband seine Mitglieder zu einem Vortrage über das Thema „Gewerbefreiheit und wirtschaftliche Freizügigkeit“ eingeladen. Da dieses Thema angesichts der gegenwärtigen Maßnahmen der letzten Jahre für die weitesten Kreise großes Interesse besitzt, waren die Mitglieder sehr zahlreich erschienen.

Der Referent des Abends, ein bekannter Danziger Jurist, untersuchte in seinem Referat volkstümlich und doch juristisch klar und einwandfrei, wie es um Gewerbefreiheit und Freizügigkeit im Freistaat bestellt ist. Der Vortragende umriß an Hand der gesetzgeberischen Entwicklung die widerspruchsvollen Tendenzen, die bei der Neuregelung der wirtschaftlichen Verhältnisse zum Ausdruck gelangten. Er zeigte, daß die Idee des berufsständischen Aufbaus in Danzig niemals zu praktischer Durchführung gelangt sei, daß man diese Tendenzen vielmehr sehr bald aufgegeben habe. Die Gesetzgebung auf wirtschaftlichem Gebiete stellt schwerwiegende Einartigkeiten in die Freiheit des Gewerbes dar. Der Referent zählte in diesem Zusammenhang die mannigfachen staatlichen Einzelkonzeptionen für die verschiedensten Berufsgruppen, die allgemeine Konzeptionspflicht für den Handel mit landwirtschaftlichen Produkten, die Versorgungszwänge auf. Letztere hätten dazu geführt, daß die betreffenden Gewerbetreibenden zum Teil nur noch ungeschändliche Verkaufsstellen unterhielten, wie dies z. B. bei der Milchversorgung der Fall sei. Auch die Ehrengerechtigtheit, wie sie z. B. bei der Bauernkammer und im Gesetz zur Ordnung der Arbeit vorgezeichnet sei mit der dadurch gegebenen Möglichkeit, die Fähigkeit zur Betriebsführung abzuwehren, griffen stark in die Gewerbefreiheit ein. Auch die Pflichten und die Konzeptionspflicht für Erträge, Uebernahme und Verleugung von Einzelhandelsgeschäften und Handwerksbetrieben wurden in diesem Zusammenhang recht ausführlich behandelt. Der Referent schloß seine Ausführungen damit, daß er den Unterchied zwischen wirklich sozialistischen Maßnahmen und diesen Regelungen darlegte und auf die Gründe einging, die bei diesen Regelungen zu Grunde lagen.

Dem sehr beifällig aufgenommenen Referat schloß sich eine Aussprache an, in der die Auswirkungen der geltenden gesetzlichen Regelung für alle Schichten dargelegt wurden. Auch die Beitragsfrage - es wurden Fälle angeführt, in denen von vier Zwangsorganisationsbeiträge des Klein-gewerbes führte - fand ausführliche Erwörterung. Es ist zu wünschen, daß der veranstaltende Verband mit gleichem Eifer für die Fortführung seiner Mitglieder durch ähnliche Aufklärungs-vorträge über ihre lebenswichtigen Fragen aufzuklären und ihnen zu zeigen, wer der wirkliche Wahrer ihrer Interessen ist.

Die Grundvermögensteuer in der Stadtgemeinde Danzig

für das Rechnungsjahr 1936/37

Der Senat hat für das Rechnungsjahr 1936/37 folgendes bestimmt:

Der Steuerfuß der Grundvermögensteuer beträgt 200000000 Mark für das Rechnungsjahr 1936/37 folgendes bestimmt:

Bei allen in der Zeit nach dem 30. September 1934 unter Finanzverwaltung öffentlicher Mittel bezugsfähiger Bergerechten Wohngebäuden wird vom 1. 4. 31 ab bis 31. 3. 35 nur die Hälfte des jeweils geltenden Steuerfußes erhoben. Die Ermäßigung wird nur solange gewährt, als die in den betreffenden Gebäuden befindlichen Wohnungen an Danziger Staatsangehörige vergeben werden, deren Anrecht auf Zuteilung einer Wohnung durch das Wohnungskomitee der Stadt Danzig anerkannt wird.

Außerdem müssen sich die Bauherren einer vom Senat festzusetzenden Miete unterwerfen, die nicht nach Maßgabe der gesetzlichen Miete festsetzungsfähig ist.

Diese Steuerordnung tritt mit dem 1. April 1936 in Kraft.

Polizeibericht vom 5. März. Festgenommen: 23 Personen, davon 15 wegen Diebstahls, 6 wegen Trunkenheit, 1 wegen Entziehung, 1 in Polizeihaft.

Zwei Könige müssen ins Gefängnis

Der große Pfefferkandal vor Gericht

In diesen Tagen fand jene wohl kuriosste Spekulation der neueren Zeit, die vor anderthalb Jahren die ganze vornehme Londoner City mit Bekanft erfüllte und während einiger Wochen alle Warenmärkte der Welt erschütterte, ihr gerichtliches Nachspiel. Es war ein nicht alltäglicher Prozeß, der da während zehn Tagen abrollte, was sich schon aus der Persönlichkeit der Angeklagten ergab. Befanden sich doch unter ihnen zwei ungekrönte Könige, von denen der eine — etwas haltlos, wie sich nachher erwies — seinen Thron aus Pfefferkörnern, der andere — sehr viel solider — aus Zinn gezimmert hatte. Der erstere war der in England naturalisierte Armenier Bisbirgian, dessen Name sogleich beim Bekanntwerden der Pfefferpleite überall genannt wurde, der zweite war ein Mister Howeson, von dessen Existenz eine weitere Öffentlichkeit bisher so gut wie nichts vernommen hatte, der aber in Wirklichkeit einer der ganz großen Sterne am Londoner Finanzhimmel ist, da von ihm während des Prozesses festgestellt wurde, daß er praktisch den Zinnmarkt der Welt kontrolliere und bei über 30 Unternehmungen mit einem Gesamtkapital von 35 Millionen Pfund — etwa einer halben Milliarde Goldmarken — entweder als Direktor oder als Präsident funktionierte. Neben diesen beiden Königen stand noch — ziemlich unbeachtet — ein dritter Angeklagter, der Direktor Hardy.

Die Anklage hatte nicht etwa die verwegene Spekulation selber, sondern nur die Publikation eines Gesellschafts-Prospektes der Firma James and Shaftepeare zum Gegenstand, wobei Bisbirgian als deren Direktor beschuldigt wurde, unwahre Angaben gemacht, bzw. wichtige Tatsachen verschwiegen zu haben. Gegen Howeson und Hardy lautete die Anklage auf Beihilfe. Immerhin konnte das Gericht nicht umhin, auch den Pfefferkandal selber anzurollen. Namentlich der Staatsanwalt ging ausführlich darauf ein, und dank seiner Bemühungen kennt man jetzt alle Details des dramatischen Ablaufs.

Das schon damals der erste allgemeine Eindruck war, ist durch den Prozeß in jeder Beziehung bestätigt worden: von allen jenen Finanzkorporationen, die sich da

eines Tages mit einer Eier auf den Pfeffer fürzten als seien es Goldkörner,

wußte über die wirklichen Verhältnisse am Pfeffermarkt kein einziger Bescheid. Man ging davon aus, daß die Jahresproduktion an weißem Pfeffer — nur dieser war Gegenstand der Spekulation — rund 12000 Tonnen betrug, und glaubte durch den Kauf von etwa 10000 Tonnen bereits den ganzen Pfeffermarkt beherrschen und demgemäß die Preise nach Belieben festsetzen zu können. Die Kalkulation sollte sich bald erweisen. Als die Spekulanten bereits einen Berg von über 11245 Tonnen aufgetürmt hatten und das Spiel schon gewonnen glaubten, kam zu ihrem nicht geringen Erstaunen, noch immer unaufhörlich Pfeffer nach London anzufließen. Zum Teil kam er aus China, wo ständig große Pfeffermengen in Reserve liegen, die nur durch den hohen Preis wie von einem unsichtbaren Magnet nach England angezogen wurden. Zunächst stellte sich heraus, daß bereits in London selber große Stocks an Pfeffer lagen, von deren Existenz die Bisbirgian, Howeson und Konsorten ebenfalls keine Ahnung hatten. Insgesamt handelte es sich hier bei nur 12000 Tonnen, also eine ganze normale Jahresmengen. Inzwischen hatten auch die Erzeuger von dem Steigen des Pfefferpreises Wind bekommen und die Ernte besonders forciert, so daß das Angebot noch fortwährend zu wachsen drohte.

Es war, als ob der Pfefferstrom in London kein Ende nehmen wollte.

Im April 1934 landeten 1468 Tonnen gegen nur 398 Tonnen im Jahr zuvor, im Juni fast ebenso viel gegen 290 Tonnen. „Die Wolke“, so bemerkte der Staatsanwalt, „die vielleicht am Anfang nicht größer als eine Menschenhand war, begann allmählich den ganzen Himmel zu bedecken.“

In dieser Phase kam es zu jener Handlung, berentwegen die drei Herren sich nun zu verantworten hatten. Nachdem sie einmal Pfeffer in so großen Mengen erworben hatten, blieb ihnen, von um sich vor Verlusten zu bewahren, nichts anderes übrig, als weiter zu kaufen. Das erforderte große Mittel, und um sich diese zu beschaffen, wurde die bisher private Gesellschaft in ein Aktienunternehmen umgewandelt, das sich durch Herausgabe von Anteilen an den öffentlichen Geldmarkt wandte. Der zu diesem Zweck herausgegebene Prospekt erwähnte den Pfeffer aber mit keinem Sterbenswörtchen und noch weniger war darin etwas von den in diesem Produkt laufenden gewaltigen Engagements gesagt. Die Unterzeichnung ergab für die Gesellschaft den hübschen Betrag von 112500 englischen Pfund, und vielleicht wäre sie damit über dem Berg gewesen, hätten endlich die Zuführer an Pfeffer aufgehört.

Das war nun nicht der Fall. Denn zu allem bereits nicht in Rechnung Gestellten, hatten die Spekulanten noch die Kleinigkeit übersehen, daß weißer Pfeffer in Wirklichkeit nichts anderes ist als geschälter schwarzer Pfeffer. Die Porträte an diesem hatten die Londoner Herren überhaupt ignoriert und

sie machten nun erleben, daß sich immer mehr schwarzer Pfeffer in weißen verwanbelt.

was sich schon durch den Preisunterschied — der erstere wurde nur mit einem halben, der zweite aber mit anderthalb Schilling das englische Pfund bezahlt — als ein verlockendes Geschäft erwies. Wußten sie es wirklich nicht, oder täuschten sie nur Unkenntnis vor? Im Zeitpunkt der Herausgabe des Prospektes hätten sie jedenfalls auch nach der Meinung des Staatsanwaltes darüber Klarheit besitzen müssen. „Ich bin der Meinung“, so schloß dieser seine mehr als dreißändige Anklagerede, „daß bei der Abfassung des Prospektes diese Herren besser als sonst jemand in London über die Tatsachen und ihre Bedeutung im Bilde waren. Die Tatsache ist, daß im Anfang vielleicht aus Unachtsamkeit, später aber aus dem Wunsche, Profite zu machen, sie sich in Spekulationen einließen, die sie schließlich in eine Situation brachten, aus der es kein Entrinnen gab. Sie spielten ein Kasardspiel, das es im Verlauf von Juni und Juli immer mehr wurde, aber sie spielten es mit offenen Augen.“

Kleinlaut hörten sowohl der Pfeffer- als der Zinnkönig diese Anklage an. Um sich vor ihr zu schützen, hatten sie die ersten Fürsprecher des Justizrechts mobilisiert, die alle ein und dieselbe, von gleichen Fällen her nur allzu bekannte Taktik anwendeten: ihre Klienten als möglichst ahnungslos hinstellen und die Schuld auf Dritte abzuwälzen. Bisbirgian, der in allen Wasser gewaschene Kaffee- und eigentliche Inhaber des Pfefferpools, erklärte laut, daß er von Profitten überhaupt nichts verstände, und Howeson, der als dreißigjähriger Direktor und Präsident von Aktien-Gesellschaften in wohl nicht gut ein Gleiches von sich behaupten konnte, schlug sich an die Brust und meinte, daß er sich hierbei „natürlich“ auf seine Mitarbeiter verlassen habe.

Was den Unmündigen des Zinns überhaupt auf das so verhängnisvoll. Schlußfeld u. s. Pfeffer brachte?

Bei einem Such, der ihn mit Bisbirgian zusammengeführt hatte, war auch das Thema Pfeffer angeschnitten worden.

Mutti, du musst

mit Radion waschen

Ich will keine müde und verärgerte Mutti haben; ich will eine Mutti haben, die auch am Waschtage lacht. Darum mußt Du mit Radion waschen, denn die Wäsche mit Radion ist ja so einfach:



Radion kalt auflösen, die Wäsche 15 Minuten kochen, erst warm, dann kalt spülen — und die Wäsche ist blütenweiß.

ein Schicht-Lever Erzeugnis

RADION wäscht alles

Er selber soll zwar hierbei bekannt haben, vom Pfeffer weiter nichts zu verstehen, aber die Idee Bisbirgians leuchtete ihm, der sie bereits so erfolgreich auf das Zinn angewandt hatte, sofort ein. Howeson wurde sogar später ihr eigentlicher Vorkämpfer, und von ihm stammte auch die Anregung, zur Durchführung der Transaktionen einen besonderen Mann „auf die Kommandobrücke“ zu stellen, als welchen er den von Prozeßuntersuchern wiederholt als geheimnisvolle Person bezeichneten Baumwollmattler Galle, einen ebenfalls sehr vermögenden Herrn der Londoner City, vorschlug.

Das Gericht schätzte die Prospektfälschung, indem es den Pfeffer- und Zinnkönig gleichermaßen zu zwölf Monaten Gefängnis, den dritten Angeklagten Hardy zu neun Monaten verurteilte. Die vielen Hintermänner waren nicht vor die Schranken des Gerichts zu rufen, und dafür, daß sich Spekulanten zusammenschließen, um durch Kauf einer Ware, sei sie auch noch so lebenswichtig, sie zum Schaden der Konsumenten mit einem Monopolprofit zu belegen, sieht das englische Gesetz überhaupt keine Strafe vor und gibt es infolgedessen auch keine offiziellen Anklagen. Hätten die Herren nicht das Pech gehabt, sich mit einer Ware zu befassen, von der sie keine blasse Ahnung hatten, oder wäre ihnen Erfolg beschieden gewesen, dann wäre es vermutlich auch nicht einmal zur Anklage wegen Prospektfälschung gekommen. Nur der eklatante Mißerfolg gerichte den Herren zum Verhängnis.

Erste Probefahrt des neuen Zeppelin

Glatt gelandet

Das Luftschiff „L. Z. 129“ ist am Mittwoch nachmittag bei bedecktem Himmel um 13.19 Uhr zu seiner ersten Probefahrt aufgestiegen.

Nachdem das Luftschiff noch ein letztes Mal ausgewogen war, ertönte das Kommando: Luftschiff marsch! Langsam wird das Schiff aus der Halle gezogen, begleitet von den Wächtern all der Zuschauer, die diese Stunde mit erleben. Auf dem Wertgelände wirkt es noch gigantischer als in der Halle. Laut ertönt Dr. Edener die letzten Befehle. Punkt 15.19 Uhr erhebt sich das stolze Schiff in die Luft. Erst in etwa 100 Meter Höhe springen die Motoren an, zuerst auf der Steuerbord-, dann auf der Backbordseite. Dröhnend singen sie ihr eheres Lied und entführen das Schiff. Nach kurzem Kreuzen über dem Wertgelände nimmt „L. Z. 129“ Kurs in westlicher Richtung.

Das neue Luftschiff „L. Z. 129“, das am Mittwoch um 15.19 Uhr unter Führung von Dr. Edener zu seiner ersten Probefahrt aufstieg, ist um 18.25 Uhr glatt gelandet. Das Schiff kreuzte über drei Stunden über dem Wertgelände, über dem Bodensee und über dem Bodenseehinterland. Das Wetter war während der ganzen Zeit ziemlich diesig.

Um so eindrucksvoller war dann der Augenblick, als das Schiff im Schein seiner Lichter zur Landung anfuhr und nach den üblichen Manövern um 18.21 Uhr zur Landung ansetzte. Die Lande wurden abgeworfen, Wasserballast abgegeben, und die Haltemannschaft, die durch Arbeitsdienstmänner verstärkt worden war, zog das Schiff auf den Boden. Um 18.25 Uhr war die Landung glatt vollzogen.

Möbellastzug verbrannt

Drei Tote, zwei Schwerverletzte

Mittwoch nachmittag rief an der Einfahrt zu dem Dorfe Dornitz im Saalekreis infolge Verlassens der Steuerung und der Bremsen ein aus einem offenen Lastwagen und einem angehängten Möbelwagen bestehender Lastzug gegen einen Baum. Der Motowagen fing sofort Feuer, das sich auf den Möbelwagen übergriff. Der Brand konnte rasch gelöscht werden, doch war der Führer des Lastkraftwagens bereits tot, während der neben ihm sitzende Beifahrer sich schwer verletzt und mit Brandwunden bedeckt aus dem Wagen retten konnte. Im Führerhaus des Möbelwagens saßen zwei weitere Beifahrer und eine Hausangehörige. Die beiden Beifahrer wurden getötet, das schwerverletzte Hauskind nur als Leichen geborgen werden.

Schweres Autounglück in Holland

In Sneek in der Provinz Friesland ereignete sich ein schweres Autounglück, das fünf Todesopfer forderte. Ein Kraftwagen aus Leuwarden, dessen Führer die Straßenverhältnisse in Sneek nicht kannte, fuhr im Nebel mit voller Geschwindigkeit in eine Gracht. Der Wagen ging sofort unter. Obwohl das Unglück sich in unmittelbarer Nähe einer Polizeiwache ereignete und zahlreiche Polizeibeamte sofort mit Rettungsgeräten zur Stelle waren, gelang es nicht, die Insassen zu retten. Alle fünf, vier Männer und eine Frau, konnten nur als Leichen geborgen werden.

„Raffenshände“ vor deutschen Gerichten

Die Nürnberger Gesetze fordern ihre Opfer

Die Große Strafkammer in Hamburg verurteilte einen 57-jährigen jüdischen Mann wegen Raffenshände zu zehn Monaten Gefängnis. Der Angeklagte hatte im August 1935 ein arisches Mädchen kennen gelernt und war dann zu ihr in Beziehungen getreten. Das Gericht sah es als mildernden Umstand an, daß es das Mädchen dem Angeklagten sehr leicht gemacht und sich ihm gewissermaßen aufgedrängt habe.

Vor derselben Strafkammer hatte sich ein 45-jähriger staatenloser jüdischer Angeklagter wegen des gleichen Verstoßes gegen die Nürnberger Gesetze zu verantworten. Er hatte sein Verhältnis zu einem arischen Mädchen, das er schon im Jahre 1930 begonnen hatte, nach Erlaß der Nürnberger Gesetze nicht gelöst. Die Strafe wurde in diesem Fall auf vier Monate Gefängnis festgesetzt. Das Gericht erklärte, der Fall sei milder zu beurteilen, weil die Partner Jahre hindurch wie Mann und Frau zusammengelebt und früher ernste Heiratsabsichten gehabt hätten.

In Halle wurde ein gleicher Fall schwerer bewertet:

Die Große Halleische Strafkammer verurteilte einen 26-jährigen jüdischen Angeklagten wegen Raffenshände zu einem Jahr Gefängnis. Er fand seit Dezember 1934 in Beziehungen zu einer arischen Verkäuferin in Halle, die er nach Erlaß des Gesetzes zum Schutze des deutschen Blutes forschte. Als strafmildernd berücksichtigte das Gericht, daß die Beziehungen schon vor dem Inkrafttreten des Gesetzes bestanden und sich auf förmliche Bindungen gegründet hätten, die zu einer Heirat hätten führen sollen.

Drei Todesopfer eines Kraftwagenunglücks

Auf der Waldschaujée zwischen Lindenwalde und Kloster Zinna, auf der sich in letzter Zeit mehrfach Unglücksfälle ereignet haben, kam es am Dienstag abend wieder zu einem herbeizutragenden Unglück, dem drei junge Menschen zum Opfer fielen. Ein aus Lindenwalde kommender Personewagen, der in scharfem Tempo in Richtung Jüterbog fuhr, geriet beim Versuch, einen anderen Kraftwagen zu überholen, auf dem schlüpfrigen Asphalt ins Schleudern und schlug in rasender Fahrt um. Er prallte mit einer entgegengerichteten Kraftbrotsacke zusammen. Die 21-jährige Elli Hoffmann aus Lindenwalde wurde acht Meter weit geschleudert und sofort getötet. Der Fahrer des Wagens, Oberwachmeister Scheler von der Abteilung Jüterbog, und die 16-jährige Irmgard Pfaff aus Lindenwalde stützten durch den Anprall auf die Straße. Ihre Schädel- und Körperverletzungen waren so schwer, daß ärztliche Hilfe zu spät kam. Beide verstarben auf dem Transport ins Lindenwalder Krankenhaus. Ein vierter Insasse kam mit leichten Verletzungen davon. Von den Insassen der Trotsche erlitt der Beifahrer erhebliche Schnittwunden im Gesicht.

Aus dem Dritten Reich

Auf Anweisung des Reichswirtschaftsministeriums ist neuerdings bis zum 31. Dezember 1937 die Errichtung neuer Unternehmungen des graphischen Gewerbes verboten worden. Ferner mußten sich die Druckmaschinenfabriken und Druckmaschinenhändler verpflichten, eine bestimmte Menge gebrauchter Druckmaschinen zu verschrotten. Das neue Erweiterungsverbot für das graphische Gewerbe zeigt das Ausmaß des Niederganges dieses einst blühenden Zweiges der deutschen Wirtschaft.

Der im 44. Jahrgang erscheinende „Mutterstädter Anzeiger“ hat am 1. März sein Erscheinen eingestellt. In einem Aufruf ersucht der Verlag seine bisherigen Leser, die „NSD.-Abwehrfront“ zu beziehen. — Das in Heppenheim im 78. Jahrgang erscheinende „Verordnungs- und Anzeigerblatt“ hat ebenfalls am 1. März sein Erscheinen eingestellt. Es wurde auf Grund einer Vereinbarung mit dem seit fünf Jahren in Heppenheim bestehenden Blatt der NSDAP, „Der Volksgenosse“ zusammengelegt.

Durch Verordnung des Reichskanzlers wird bestimmt, daß bei den mündlichen Verhandlungen des Reichsgerichtshofes eine Amtsstracht anzulegen ist. Die Amtsstracht besteht aus einer Robe und einem Barett aus Knäuelblauem Wolstoff, mit königsblauem Samtbesatz. An der Robe wird eine weiße Halsbinde getragen. Am Barett tragen der Präsident einen doppelten, der Vizepräsident einen breiteren und die Senatspräsidenten einen schmaleren einfachen Schurbesatz aus Gold.

Zoppoter Stadtverordnetenversammlung

Ruhiger Verlauf der Sitzung

Die in der „Volksstimme“ bereits veröffentlichte Tagesordnung der Zoppoter Stadtverordneten-Versammlung vom Mittwoch wurde in 1 1/2stündiger öffentlicher Sitzung reibungslos und sachlich erledigt...

In die Kommission für die polnische Schule Bäderweg wurde der polnische Stadtverordnete Schwarz, als Vertreter der Elternschaft Johann Czarnicki gewählt...

Für 1935 hätte man aber 100 000 Gulden weniger angelegt, da man annahm, der Arbeitsmarkt würde sich gut entwickeln.

Der plötzlich im Februar auftretende scharfe Frost habe aber eine unvorhergesehene Erwerbslosigkeit mit sich gebracht. Diese Entschädigung mit dem Frost ist hinfällig...

Zugestimmt wurde auch der Erwerbung eines neuen Krankenautos zum Preise von 35000 Gulden nebst einem noch nicht vorhandenen Wiederbeschungsapparat...

Die längsten Reden löste die beantragte und schließlich gegen die Stimmen des Zentrums und der Deutschnationalen angenommene

Bewilligung von 9200 Gulden für die Ausbesserung von Sturmrischen am Wellenbrecher

aus. Ein Zentrumsvertreter sprach dagegen und beantragte Abbruch des Wellenbrechers. Auch den Nationalsozialisten war bei der Verteilung dieses „Schmerzenskindes Zoppots“...

Einstimmig bewilligt wurde der Verkauf von Gelände bei Stolzenfels an Herrn P. K. (Zoppot). Zwei Parzellen von je rund 5000 und 3000 Quadratmetern werden zum Barpreise von je 3,63 bzw. 2,50 Gulden per Quadratmeter unter Vorbehalt des Rückkaufrechtes der Stadt an Herrn P. abgegeben.

Für den demnächstigen Ausbau eines Vergnügungscasinos am Rathaus,

ber in der Magistratsvorlage durchging, setzten sich die Fg.3 Lippe und Temp „im Interesse des Weltbades“ warm ein. Von den veranschlagten Gesamtkosten von 179 000 Gulden sollen der Freizeitanstalt-Gemeinde-Verein und die Casino-G.m.b.H. je 60 000 Gulden, die Stadtgemeinde Zoppot 59 000 Gulden tragen.

Der Haushaltplan für 1936/37

konnte, da eine Senatszustimmung aussteht, noch nicht vorgelegt werden. Stadtdr. Groß vom Zentrum bemängelt dies, weil Stadtdr. Temp bereits im Dezember die baldige Vorlage zugesagt hatte...

Der Senat hat sich für die Vorlage entschieden.

Brieftaubenzüchter schalten sich um

Sie wollen wieder selbst bestimmen

Uns wird geschrieben: Der Brieftaubensport ist in Danzig von jeher die Liebhaberei des kleinen Mannes gewesen. Die Unkosten waren erträglich, betrugten sie doch für die jährlichen Reisen seines Schlags kaum mehr als 10 bis 11 Gulden jährlich...

Ganz groß aber wird jetzt die Politik aufgeblasen. Anscheinend soll nach dem Saarbrücker Beschlüssen jetzt auch hier ganz scharf Kurs gehalten werden. So hat man hier in Danzig kurzerhand die jüdischen Mitglieber ihrer hervorragenden Leistungen einfach ausgeschlossen...

dadurch selbst von jedem verantwortungsbewussten Taubenzüchter trennt.

Die Unstände sind unhaltbar. Die Unkosten sind nur noch für die Bemittelten erträglich. Reisen der Tauben erscheinen undurchführbar, selbst wenn man, wie im letzten Jahre die Frachtkosten zu ermäßigen versucht...

Der Führer der NS.-Hago Langfuhr

Wegen Unterschlagung zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt

Am 1. Oktober 1935 wurde der 50 Jahre alte Händler Hermann Wegner aus Langfuhr wegen Unterschlagung zu einem Jahr Gefängnis verurteilt. Wegner gehört zu den ganz alten Mitgliedern der NSDAP. Er bezeichnet sich selbst gern als alten Kämpfer und ist auch, wie er erzählt, im Besitz eines derartigen Abzeichens...

Und doch hat es Wegner in der NSDAP. ziemlich weit gebracht.

Er wurde Amtsleiter der NS.-Hago für Langfuhr, hatte also einen nach dem Führerprinzip souveränen Posten. Er konnte schalten und walten, wie es ihm beliebte; denn wie Wegner in der Verhandlung vor dem Schöffengericht am 1. Oktober erklärte, hat man ihm gesagt, daß er über die Einnahmen wohl Bescheid wissen müsse, aber alle Ausgaben nach eigenem Ermessen tätigen solle...

Einer von diesen war Wegner, der es fertig gebracht hat, in kurzer Zeit 487 Gulden auf die Seite zu bringen. Das konnte geschehen, weil die Kontrolle in den nationalsozialistischen Organisationen, wie man aus den zahlreichen Gerichtsverhandlungen weiß, oft außerordentlich mangelhaft gewesen ist. Wegner hat seine Unterschlagungen dadurch zu verdecken gesucht, daß er weniger auf der Einnahmeseite eintrug, als er tatsächlich zu verbuchen hatte...

Sein Hauptargument war: Ich bin ein alter Kämpfer und habe alles Geld für die Bewegung ausgegeben.

Zu der ersten Verhandlung war Wegner mit dem Führerwerk nach Neugarten gekommen. Er hatte aber das Pech, vom Schöffengericht in Untersuchungshaft genommen zu werden, so daß das Führerwerk ohne ihn nach Hause fahren mußte. Wegner lernte dafür den unterirdischen Weg nach dem Untersuchungsgefängnis auf Schiffschiffe kennen. Er legte dann Verulung ein. Bald war er auch wieder auf freiem Fuß. Zur zeitigen Berufsungsverhandlung, die vor der Zweiten Großen Strafkammer, Vorsitzender Landgerichtsdirektor Dr. Vator, stattfand, konnte Wegner als freier Mann erscheinen. Wieder verteidigte er sich mit altem Wortschwall. Jeder zweite Satz handelte von seinen Verdiensten in der Bewegung. Drei Zeugen waren erschienen. Von ihnen wurde der eine, Gauamtsleiter John Rabe, nicht vernommen. Die beiden anderen waren der frühere Gauamtsleiter Heilberg und der Gauassessor Menzel. Beide Zeugen erklärten, daß sie Wegner für schuldig hielten. Der Staatsanwalt wollte es bei der Strafe belassen. Aber etwas hat Wegner die Verteidigungstaktik doch eingebracht:

Die Strafe wurde von einem Jahr auf sechs Monate Gefängnis ermäßigt.

Das Gericht bestätigte, daß Wegner viel für die nationalsozialistische Bewegung getan habe. Das ändert aber nichts daran, daß Wegner jetzt zum fünften Male einschlüssig, nämlich wegen Betruges und Unterschlagung, bestraft ist.

Aus politischen Gründen entlassen

Klage gegen die Stadt Zoppot

Der Sohn des sozialdemokratischen Stadtverordneten Knaut war seit dem 1. November 1929 als Lehrling bei der Stadtgemeinde Zoppot beschäftigt. Seit dem 18. September 1931 galt er als Verwaltungsdienstmann. Als dann am 3. Oktober 1933 die Stadt Zoppot den Staatskommissar Temp erhielt, wurde Knaut am 18. November entlassen. Angeblich aus dienstlichen Gründen unter Berücksichtigung der Bestimmung, daß Bewerber jederzeit entlassen werden können. Knaut ließ sich mit der Klage Zeit. Er wollte abwarten, bis die Klage des Straßenmeisters Müller gegen Zoppot entfallen war, weil in dieser Klage die Stellung des Staatskommissars geklärt werden sollte. Nach der Entlassung wurde Knaut bei den verchiedensten vorgezeichneten Stellen vorbestellt, um den Grund seiner Entlassung zu erfahren. Als er dem Personalbegehrten Buchal die Frage stellte, antwortete dieser, daß die Entlassung „im Zuge der neuen Zeit“ geschehen sei. Den Staatskommissar Temp fragte der Kläger Klipp und klar, ob seine Entlassung aus politischen Gründen erfolgt sei, und genau so klar soll Herr Temp mit „Ja“ geantwortet haben. Der ehemalige Oberbürgermeister der Stadt Zoppot, Lewerenz, hat dem Kläger aber versichert, daß zu seiner Entlassung kein Grund vorlag. Mittwoch wurde dieserhalb vor dem Arbeitsgericht verhandelt.

Knaut ist der Ansicht, daß seine Entlassung aus politischen Gründen erfolgt ist. Er könne dieses nicht nur bei sich selbst, sondern auch bei seinen Verwandten nachweisen. So ist sein Schwager aus dem Kasino und seine Schwester aus dem Elektrizitätswerk der Stadt Zoppot entlassen worden. Dr. Kamnitzer zitiert Reden, die der Staatskommissar Temp am 18. November anlässlich seiner Anklage gehalten hat. Sie ergeben klar, daß die Entlassung eine politische Maßregelung ist.

Die Verhandlung endete damit, daß für den 18. März Berufungsantrag gestellt wurde

Kinder musizierten

Ein Fest der Freude — Kinderkonzert der Sozialdemokratischen Partei

Die Sozialdemokratische Partei Danzig-Stadt hatte am Dienstag nachmittag die Kinder ihrer Mitglieder zu einem Konzert eingeladen. Schon lange vor dem festgesetzten Anfang begann die Kinderwanderung zum Lokal „Bischofsböbe“, und als schon längst alle vorhandenen Plätze und Räume besetzt waren, erschienen noch immer neue Scharen, so daß leider eine sehr große Zahl von Kindern kurz vor dem Konzert umkehren mußte, weil kein einziges Plätzchen mehr frei war. Wenn das auch im ersten Augenblick schmerzhaft war, im beide Teile, so tröstete man sich mit den Worten: „Nun, dann wird eben noch ein Kinderkonzert gemacht, dann sind wir aber pünktlicher.“

Ein Blick in die vollbesetzten Räume sagte jedem mehr als die schönsten Worte. Strahlenden Auges, voll freudiger Erwartung, betraten die Kleinen die festlich geschmückten Säle und wurden von den Kranten der Partei mütterlich betreuend auf ihre Plätze geführt. Ein Stimmengewirr, Staunen und Pochen ringsumher, dann plötzlich ein Zeichen und der große Augenblick war da:

Das Konzert begann.

Unter dankenswerter Mithilfe eines starken Orchesters der Arbeitermänner rollte ein musikalisches Programm ab, das in einer derartigen Veranstaltung bis jetzt einzigartig darsteht. Die Leiterin der Frauenbewegung der Sozialdemokratie, Gertrud Müller, eröffnete das Konzert mit herzlichen Begrüßungsworten für die Arbeiterkinder, und dann stellte sich noch ein anderer aller Freund der Kinder vor, Fritz Schlegel, der als der Held des vor wenigen Monaten aufgeführten Weihnachtsmärchens noch allen in liebevoller Erinnerung war. Diesmal war er Anfänger und erstreckte nebenbei die Herzen der Kleinen und — großen Kinder mit seinen Sätzen.

Das Konzert begann mit einem Kinderliedermarsch und nach einem weiteren Stück begann der Melos der Kleinen Musikanten, der eingeleitet wurde durch Solo-vorträge an Klavier und Geige, ein Horn und ein Mädel, die die Kinder zu den ersten Beifallsstürmen hinführten. Nach einem weiteren Musikstück des Orchesters stellte sich der kleine neunjährige Erwin mit seinem Bandoneon vor, der dieses schwierige Instrument meisterhaft spielte. Nach einer kurzen Pause nahm das Konzert mit dem Carmen-Marsch, geleitet vom Arbeiterorchester, seinen Fortgang und dann hörte man zwei Violineduetts zweier 14-jähriger Jungen der Sozialistischen Arbeiterjugend. Dieser Musikanten wurde durch zwei Takte für Klavier, diesmal geleitet von zwei eben so alten Mädels der Sozialistischen Arbeiterjugend ersetzt. Die Begleitung der

verständnisvoll lauschenden Kinder

stieg immer mehr, und als die Melodien aus „Dornröschen“ „Krausblät“ erklangen, geblüht vom Orchester, hatte die Stimmung ihren Höhepunkt erreicht. Dann erschien wieder der schon von allen angekannte Erwin mit seinem Bandoneon und brachte nochmals drei Stücke zu Gehör, deren letztes, der „Italiener“ das Können dieses kleinen Jungen erneut unter Beweis stellte. Am Schluß des Konzerts erhielten die Kinder die Gedenkblätter, eine „Singende Säge“ zu hören. Dieses besondere Instrument wurde ebenfalls von einem Jugendlichen gespielt, der mit Klavierbegleitung zwei spanische Volkslieder zum Vortrag brachte.

Damit war das aufgetragene Konzert beendet und unter den Klängen des Arbeiterorchesters traf man die Vorbereitungen zum Ausbruch. Lange dauerte es, bis der letzte der Kleinen Konzertbesucher im Freien war und erst jetzt überläßt man, welche Masse in dem Lokal Platz gefunden hatte. Nur Kinder im Alter von 8 bis 16 Jahren waren eingeladen und doch haben

viele hundert Besucher an dem Konzert teilgenommen.

alles Kinder der Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei in Danzig-Stadt. Nebenbei gesagt, das, was man Dienstag erlebte, war auch eine hübsche Illustration zu der Behauptung der Nationalsozialisten, daß die Jugend bei ihnen lebe. Wenn die Rechnung so gut gelingen konnte, ist es vor allem das Verdienst der sozialdemokratischen Frau- und Mütter, die sich aufopfernd aber voll Freude und Hingabe für die Arbeit zur Verfügung stellten; denn es ging ja um die Kinder. Das Erlebnis vom Dienstag wird in den Herzen der Kinder großen Nachhall finden. Sie alle freuen sich jetzt auf das nächste Konzert. Sie wünschen nur, daß es in einem viel größeren Saale stattfinden möge, wenn man sich einen solchen erkämpfen kann.

Unser Wetterbericht

Bewölkt, dieig und neblig, sehr milde

Barometrage für morgen: Bewölkt, dieig und neblig, zeitweilig Sprühregen, schwache umlaufende Winde, Temperatur ansteigend.

Aussichten für Sonnabend: Wolkig und dieig, mild. Maximum des letzten Tages: 3,5 Grad. — Minimum der letzten Nacht: — 0,7 Grad.

Danziger und Gdingener Schiffs-Liste

Im Danziger Hafen werden erwartet: Poln. D. „Stark“, 5. 3. fällig, Ram; poln. D. „Chorzow“, 6. 3. fällig, Ram; dän. D. „Benia“, 5. 3. fällig, Klotra; dän. D. „Wandrahm“, 4. 3. von Hamburg, Renczar; dän. D. „Nordby“, 4. 3. von Kopenhagen, Södmann; schwed. D. „Andfred“, 6. 3. fällig, Polka; dän. D. „Estar Friedrich“, 4. 3. von Rotterdam via Gdingen, Wolff & Co.

Im Gdingener Hafen werden erwartet: D. „Torn“ für Ram; D. „Wilno“, zirka 18. 3. für Ram; D. „Fitzby“ zirka 20. 3. für Ram; D. „Pubitskall“, Ram.

Es liegt auf der Reede vor Gdingen: D. „Freue Maria“, 3. 3., Polka.

Wasserstandsrichten der Stromweichsel

vom 5. März 1936

Table with 2 columns of water level data for various locations like Thorn, Fordon, Culm, Graudenz, Kurzbrad, etc.

Wasserstand der Weichsel vom 5. März 1936

Von Korabnik (Kilometer 684) bis Käsemark (Kilometer 928) Eisreiben in zweidrittel bzw. ganzer Strombreite. Von hier bis zur Mündung schwaches Eisreiben. Eisabtrieb in Sec aut. — Die Dampfmaschinen sind in Betrieb.

